



Mitteilung

Berlin, den 2. Mai 2019

**Die 32. Sitzung des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe
findet statt am
Mittwoch, dem 8. Mai 2019, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.400**

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-33550
Fax: +49 30 227-36051

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-30302
Fax: +49 30 227-36338

Achtung!
Abweichender Sitzungsort!

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Öffentliche Anhörung zum Thema:

Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage
religiöser Minderheiten in China

Gyde Jensen, MdB
Vorsitzende



Geladene Sachverständige

Ulrich Delius

Gesellschaft für bedrohte Völker

Kelsang Gyaltzen

ehemaliger Sondergesandter des Dalai Lama in Europa

Dolkun Isa

Präsident des Weltkongresses der Uiguren

David Li

Mitarbeiter des China Organ Harvest Research Center

Wenzel Michalski

Direktor Human Rights Watch Deutschland

Prof. Dr. Frank N. Pieke

Mercator Institute for China Studies

Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glintzer

China Centrum Tübingen (CCT)



Fragenkatalog der Fraktionen

1. Zum Verhältnis von Religion und Politik in China

1. Welche Bedeutung hat Religionsfreiheit historisch und was sind die Ursachen für die Stellung von Religionen in China heute? (CDU/CSU)
2. Inwieweit stellen religiöse Glaubensgemeinschaften aus Sicht der KP China eine Herausforderung für ihren Machtanspruch dar und wie schätzen Sie deren tatsächliche Ressourcen dazu ein? (SPD)

2. Die Politik der chinesischen Regierung und die Haltung der chinesischen Gesellschaft gegenüber religiösen Minderheiten

3. Welche Informationen können Sie dem Ausschuss zu Umerziehungslagern der chinesischen Zentralregierung geben, insbesondere hinsichtlich der Anzahl der Lager sowie der internierten Personen, der Vorwürfe unter deren Zuhilfenahme Internierungen stattfinden, möglicher Rechtsmittel und der Haftbedingungen? (FDP)
4. Seit 20 Jahren gibt es den Vorwurf der systematischen erzwungenen Organentnahme bei Gewissensgefangenen in chinesischen Straflagern. Es gab groß angelegte Studien und Berichte, insbesondere seit dem Jahr 2006. Wie ist die Beweislage jetzt, und kann man, jenseits des begründeten Zweifels, davon ausgehen, dass die Vorwürfe an die chinesischen Behörden stimmen? (AfD)
5. Warum vollzog die kommunistische Regierung im Jahr 1999 eine Kehrtwende bezüglich Falun Gong? Warum gab es zuvor eine öffentlich artikulierte Förderung der Bewegung und mit dem Aufruf von Jiang Zemin „Zerstört ihren Ruf, ruiniert sie finanziell und vernichtet sie physisch!“ den radikalen Wechsel? (AfD)
6. Werden Einzelpersonen, die sich für religiöse Minderheiten in China, wie die Uiguren, einsetzen, außerhalb der Volksrepublik China überwacht, verfolgt und/oder eingeschüchtert? Und wenn ja, inwieweit? (FDP)
7. Wie reagiert die chinesische Bevölkerung auf die digitale Überwachung religiöser Minderheiten in Xinjiang und wie wirkt sich diese Form der Kontrolle auf die gesamte Gesellschaft aus? (SPD)



3. Strategien westlicher Staaten und Organisationen, um Einfluss auf die chinesische Politik gegenüber religiösen Minderheiten auszuüben

8. Welche Konsequenz hat die chinesische Umerziehungspraxis, die weiterhin massiv zunimmt, und welche Reaktion westlicher Demokratien kann zum Schutz religiöser Minderheiten, wie der Christen, der muslimischen Uiguren und der buddhistischen Tibeter sowie anderer, in China beitragen? (CDU/CSU)
9. Welche Zusammenhänge sehen Sie zwischen der systematischen Unterdrückung religiöser Minderheiten in China, den Bestrebungen, auf nationaler Ebene Stabilität zu sichern sowie die Energieversorgung zu gewährleisten und dem Ausbau politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme auf internationalem Parkett, und welche Schritte halten Sie für besonders vielversprechend, um die schweren Menschenrechtsverletzungen an religiösen Minderheiten, insbesondere in Xinjiang und Tibet, aufzuarbeiten und China dazu zu bewegen, dieses Vorgehen zu beenden? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10. Wie sollte eine kohärente deutsche China-Politik aussehen angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegenüber religiösen Minderheiten aber auch weitreichender Eingriffe in das Recht auf Privatsphäre oder die Meinungsfreiheit und wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Kohärenz der China-Politik der Bundesregierung? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
11. Welche Beispiele gibt es für eine politische Instrumentalisierung von Religion in China (z.B. durch religiösen Extremismus und zur Beförderung separatistischer Bestrebungen), die eine berechtigte Gefahr für die Regierung in Peking darstellen und wie kann und sollte die chinesische Regierung Ihrer Meinung nach darauf reagieren? (DIE LINKE.)
12. Inwieweit wird das Christentum, welches neben dem Islam zu den anerkannten Religionen in China gehört, Ihrer Meinung nach von Kirchen und Organisationen aus dem westlichen Ausland instrumentalisiert, um der Ausbreitung vermeintlich westlicher Werte- und Moralvorstellungen in China Vorschub zu leisten und den gelebten Laizismus im heutigen China zu untergraben? (DIE LINKE.)